

Zur Stellungnahme der Gesellschaft für bedrohte Völker „Wiederaufbauteams der Bundeswehr machen Afghanistan nicht sicherer“ vom 27.9.2004

(anlässlich des Besuches von Minister Struck in Afghanistan und im Hinblick auf die Bundestagsentscheidung zur ISAF-Verlängerung am 30. September 2004)

Winfried Nachtwei, MdB, sicherheitspolitischer Sprecher (12.10.2004)

Völlig zu Recht erinnert die GfbV in ihrer Stellungnahme vom 27. September an die zentrale Bedeutung Afghanistans bei der Eindämmung des internationalen Terrorismus. Sie betont, dass es ohne Sicherheit keine Entwicklung geben wird, dass die Präsenz ausländischer Truppen dafür unverzichtbar ist und dass ISAF auch in den Provinzen aktiv werden muss. In diesen Grundpositionen besteht volle Übereinstimmung.

Zu Recht benennt die GfbV auch als Problempunkte die Zögerlichkeit der meisten NATO-Staaten bei der Umsetzung des PRT-Konzepts, die Unterschiedlichkeit verschiedener PRT-Modelle, die Politik der PRTs gegenüber Warlords und Drogenanbau, die teilweise Vereinnahmung von zivilen Hilfsorganisationen. Das 13-seitige Memorandum gibt hierzu wichtige Diskussionsanstöße.

Leider bleibt in den Empfehlungen der GfbV an die Politik und ihrer Presseerklärung von den differenzierteren Ausführungen des Memorandums wenig übrig. Als Grundbotschaften bleiben massivste Vorwürfe gegen das PRT-Konzept allgemein und die deutschen Wiederaufbauteams speziell sowie der Aufruf an den Bundestag, aus dem PRT-Konzept auszusteigen.

Das PRT-Konzept sei gescheitert, „da die Teams weder die Entwaffnung der Kriegsfürsten unterstützen noch bei der Bekämpfung des Drogenanbaus helfen sollen“. Der Bau von Schulen sei kein Erfolgsmaßstab für die PRTs, weil viele solche Einrichtungen von internationalen Hilfsorganisationen ohne Hilfe von Soldaten errichtet worden seien. Und schließlich heißt es: „Die PRTs gefährden den Wiederaufbau in Afghanistan immer mehr, da die Grenzen zwischen Militärs und Helfern verschwimmen und Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen zur Zielscheibe von Terroranschlägen werden.“

Verkannt werden die Hauptaufgaben der PRTs – Rückendeckung für die Stärkung der Zentralregierung zu leisten, für die Wahlen, für den Polizei- und Armeeaufbau, für die Entwaffnung, für den Aufbau von Fähigkeiten der Drogenkämpfung, für den Aufbau insgesamt. In ihrer Assistance-Rolle trägt ISAF durch Präsenz und „networking“ zur Konfliktverhütung und einem sichereren Umfeld allgemein bei, dabei auch zur Eindämmung der Macht der Kriegsfürsten und indirekt zur Drogenbekämpfung. Der Vorwurf der Untätigkeit gegenüber Kriegs- und Drogenfürsten ist eine Unterstellung. Der damit angedeutete Ruf nach einer massiven Konfrontationsstrategie ist geschichts- und verantwortungslos. Sie würde dem Disaster früherer Afghanistan-Interventionen nur ein neues Kapitel hinzufügen.

Fakt ist, dass im Raum Kunduz seit Existenz des PRT die Bautätigkeit enorm zugenommen hat, dass es einen Zustrom von NGOs gibt, dass es in wenigen Monaten Trinkwasserversorgung für den größten Teil der Bevölkerung geben wird. Das Aufbaukonzept des PRT Kunduz ist beispielhaft umfassend und kohärent. Die CIMIC-Rolle der Bundeswehr ist hier auf Kleinstprojekte beschränkt.

Verschwimmende Grenzen zwischen Militärs und zivilen Helfern sind in der Tat ein erhebliches Problem. Wo einzelne Regierungsoffizielle vom „Schutz der zivilen Helfer durch die

Soldaten“ redeten, wurde der Eindruck einer solchen Vermischung gefördert. Verfälscht wurde der reale Bundeswehr-Auftrag, nämlich ein sichereres Umfeld zu fördern, letzte Zuflucht zu sein, aber keineswegs die Hilfsorganisationen direkt zu schützen und ihnen damit ihre Unabhängigkeit zu nehmen. Dass beim deutschen PRT erstmalig in einem integrierten Ansatz Militärs, AA-Vertreter, Polizisten und Entwicklungsexperten ressortübergreifend zusammenwirken, ist ausgesprochen sinnvoll. So soll die dringend notwendige Kohärenz internationalen staatlichen Engagements gefördert werden. Gerade aus Respekt vor der Unabhängigkeit von Hilfsorganisationen ist die BMZ-Vertretung, die am meisten mit NGOs zu tun hat, in einer nichtmilitärischen Liegenschaft untergebracht.

Hilfsorganisationen leisten unverzichtbare und mutige Beiträge zu Nothilfe und Aufbau in Afghanistan. Allerdings besteht keine Veranlassung, die NGO-Welt unkritisch zu verklären oder zum Nabel des Wiederaufbaus zu erklären. Neben Musterbeispielen an Ausdauer, Engagement, Bevölkerungsnähe und humanitärer Wirksamkeit gibt es auch Organisationsegoismen, Konkurrenzverhältnisse und Kurzatmigkeiten, die dringend notwendige Kooperation, Kohärenz und Kontinuität behindern.

Die PRTs pauschal für wachsende Unsicherheit und Zunahme internationaler Anschlagsoffer verantwortlich zu machen, verkürzt die Realitäten und läuft – ungewollt – auf eine Entschuldigung der Terroristen hinaus..

Dass Militär neben ihrer „Rückenstärker“-Funktion auch eine Magnetwirkung für terroristische Gruppen haben können, ist wohl nicht zu bestreiten. Je nach „Politik“ der unterschiedlichen PRTs (deutsch-, britisch-, US-geführt) kann auch ihre Akzeptanz und politische Verletzlichkeit sehr unterschiedlich sein. Die deutschen ISAF-Kräfte und PRTs gelten als besonders hoch angesehen.

Die GfbV-Stellungnahme verabsolutiert die „Magnetwirkung“ und ignoriert die eigenständige Strategie und Taktik der bewaffneten und terroristischen Gruppen, deren Anschläge sich gegen Westler insgesamt richten, jetzt vor allem gegen den Wahlprozess, und die vermehrt auch „weiche Ziele“ wie Wahlhelfer, Mitarbeiter von Hilfsorganisationen angreifen.

Die GfbV empfiehlt

- die Aufgabe des PRT-Konzepts und eine neue Afghanistan-Konferenz für intensivere internationale Anstrengungen
- die Ablehnung der Verlängerung der Kunduz- und Feyzabad-Mission durch den Bundestag und die Forderung nach einem schlüssigen und umsetzbaren Konzept
- eine wirksame Ausweitung des ISAF-Einsatzes außerhalb Kabuls
- eine ernsthafte Auseinandersetzung der Bundesregierung mit der Kritik von Hilfsorganisationen.

Die GfbV votiert für ein viel stärkeres und härteres militärisches Engagement in Afghanistan. Das ist weder machbar noch - hinsichtlich der „Härte“ – verantwortbar. Die Ablehnung der Kunduz- und Feyzabad-Verlängerung durch den Bundestag hätte genau entgegengesetzte Folgen gehabt: Mit dem Ausstieg Deutschlands als dem größten ISAF-Truppensteller und Initiator der „ISAF-Inseln“ aus dem von VN und NATO beschlossenen PRT-Prozess wäre dieser zusammengebrochen. Die ersten freien Wahlen, die mit überwältigender Beteiligung am 9. Oktober trotz massiver Gewaltdrohungen stattfanden – wären so nicht möglich gewesen. Die Bahn wäre frei für PRTs im Rahmen der Operation Enduring Freedom. OEF-PRTs sind aber bekannt für ihre Abschottung von der Bevölkerung und die besondere Vereinnahmung ziviler Funktionen durch das Militär. Die GfbV-Empfehlungen negieren die Konstellationen der internationalen Afghanistan-Politik. Ihre Konsequenzen sind völlig verantwortungslos.

Mit ihrem Rundumschlag wirkt die GfbV auch hierzulande ausgesprochen kontraproduktiv: Die prekäre Akzeptanz des ISAF-Einsatzes in der deutschen Öffentlichkeit wird so geschwächt.

Bei der Bundestagsdebatte zur Verlängerung des ISAF-Mandats einschließlich Kunduz und Feyzabad vertrat nur die FDP eine der GfbV ähnliche Position. Seit anderthalb Jahren erlebe ich im Verteidigungsausschuss einen ausgesprochen destruktiven Umgang der FDP mit dem PRT-Konzept – ignorant gegenüber dem genauen PRT-Auftrag wie auch dem internationalen Kontext, völlig inaktiv im Hinblick auf konstruktive Alternativen. Insofern dürfte die GfbV kaum zufrieden sein mit solcher Art parlamentarischer Resonanz.

Der Dissens zur Stellungnahme der GfbV ist gravierend und für mich, der ich das PRT-Konzept seit November 2002 begleite und die GfbV schätze, mit erheblicher Enttäuschung verbunden.

Umso mehr liegt mir daran, unseren trotz alledem wichtigen Konsens in den ersten Fragen internationaler Afghanistanpolitik zu betonen, davon ausgehend die Auseinandersetzung zu führen und möglichst mehr Verständigung zu erreichen. Von den Menschen und Kräften, denen die friedliche Entwicklung Afghanistans am Herzen liegt, gibt es so viele nicht. Umso mehr gilt es, dass diese sich nicht auseinanderreden.

Im Mittelpunkt sollten Überlegungen stehen,

- wie die internationale und deutsche Stabilisierungs- und Aufbauhilfe verstärkt und ausdauernd gemacht werden kann
- wie die verschiedenen Elemente der Reform des Sicherheitssektors besser aufeinander abgestimmt, wie Entwaffnungsprozess und Drogenbekämpfung intensiviert werden können, ohne dabei falsche Erwartungen zu schüren
- wie das Verhältnis zwischen Militär und Hilfsorganisationen zum allseitigen Nutzen gestaltet werden kann.